

Inhalt

Danksagung	9
Einleitung. Weltgestaltung nach den Imperien	17
Kapitel 1. Eine politische Theorie der Dekolonisierung .	39
Kapitel 2. Der konterrevolutionäre Moment. Die Aufrechterhaltung der rassifizierten Hierarchie im Völkerbund	80
Kapitel 3. Vom Prinzip zum Recht. Die antikoloniale Neuerfindung der Selbstbestimmung	141
Kapitel 4. Die Föderalisten des Black Atlantic wiederentdecken	204
Kapitel 5. Die Wohlfahrtswelt der Neuen Weltwirt- schaftsordnung	266
Epilog. Der Niedergang der Selbstbestimmung	327
<i>Anmerkungen</i>	338
<i>Bibliografie</i>	400
<i>Namenregister</i>	435

*Eine Neubetrachtung
des antikolonialen Nationalismus*

Angesichts dieser Aufrechterhaltung der internationalen Hierarchie im Völkerbund während der Zwischenkriegszeit wandten sich schwarze Intellektuelle und antikoloniale Kritiker:innen erneut dem Problem des Imperiums zu und brachten in diesem Zuge ihr doppeltes Vorhaben von Nationenbildung und Weltgestaltung auf den Punkt. Die Erfahrungen der drei unabhängigen schwarzen Staaten – Haiti, Liberia und Äthiopien – spielten in diesen Bemühungen eine zentrale Rolle. Die amerikanische Invasion und Besetzung Haitis im Jahr 1915, eine informelle imperiale Herrschaft in Liberia und die italienische Intervention in Äthiopien ließen nämlich bereits die Grenzen der Freiheit von fremder Herrschaft erahnen.⁴¹ Somit kamen diese Nationalist:innen in der Zwischenkriegszeit zu der Erkenntnis, dass der Imperialismus »kein Gesetz jenseits seiner eigenen Interessen kennt«, und schlossen daraus, dass das Imperium bei der Verfolgung dieser Interessen institutionell flexibel sei.⁴² Die Fremdherrschaft selbst reichte dabei von der Kronkolonie über das Protektorat bis hin zum Mandat, und das Imperium konnte sogar noch mit dem Verlust direkter Kontrolle umgehen, indem es sich der internationalen Strukturen der ungleichen Integration bediente.⁴³ In jedem dieser Fälle war und blieb es eine Herrschaftsstruktur, in der externe Akteure willkürliche Macht über Kolonien und periphere Staaten ausüben konnten.

Da diese Form der imperialen Herrschaft also über die Fremdherrschaft hinausging, konnte sich die Dekolonisierung auch nicht darauf beschränken, die Unabhängigkeit von den Kolonialherren sicherzustellen. Vielmehr musste sie die Hintergrundbedingungen der ungleichen Integration und der internationalen Hierarchie überwinden, die jene Herrschaftsaus-

übung ermöglichten. Die antikoloniale Weltgestaltung – der Plan zur Überwindung der internationalen Hierarchie und der Konstituierung einer postimperialen Welt – nahm daher die Gestalt der Sicherstellung internationaler Nichtbeherrschung an. Wenn ich mich hier zur Charakterisierung dieses Plans dieser republikanischen Rhetorik der Nichtbeherrschung bediene, dann deshalb, um zu verdeutlichen, wie die antikoloniale Weltgestaltung auf die Herrschafts- und Abhängigkeitsbeziehungen reagiert hat, die über die formellen Garantien der bloßen Nichteinmischung hinausgingen. Für die antikolonialen Nationalist:innen ging Herrschaft ja eben nicht immer von einer fremden Macht in Gestalt von direkter Kontrolle oder Intervention aus. Sie waren vielmehr der Ansicht, dass die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse und die zwischen den Staaten ungleich verteilte politische Macht auch weiterhin diejenigen Bedingungen reproduzieren würden, unter denen postkoloniale Staaten der Willkür mächtiger anderer Staaten und sonstiger internationaler Akteure ausgesetzt wären – auch dann, wenn die internationale Ordnung allen Staaten ihre volle Mitgliedschaft und souveräne Gleichheit einräumen würde.

Diese Befürchtung stand im Zentrum von Nkrumahs Definition des Neokolonialismus, der zufolge externe Akteure sich die wirtschaftliche Abhängigkeit zunutze machten, die die Fremdherrschaft überdauert hatte.⁴⁴ Ganz im Sinne der republikanischen Kritik an der Freiheit als Nichteinmischung behauptete auch Nkrumah, dass die bloße Abwesenheit unmittelbarer politischer Kontrolle eine nur unzureichende Garantie postkolonialer Freiheit darstelle. Vielmehr würden Abhängigkeitsverhältnisse externen Akteuren die Gelegenheit geben, sich ganz nach Belieben einzumischen. Und dies solle wiederum dafür sorgen, dass der postkoloniale Staat nicht die demokratische Entscheidungsfindung seiner Bürger:innen verkörpere, sondern dem Diktat der »neokolonialen Herren« folge.⁴⁵ In diesem Kontext seien Handlungen, die als freie legisla-

tive Entscheidungen eines unabhängigen Staates erschienen, in Wirklichkeit das Ergebnis der Abhängigkeit von anderen Staaten, privaten Akteuren oder internationalen Organisationen. Nkrumah diagnostizierte also eine enge Verbindung zwischen dem Problem der Fremdherrschaft und der Fähigkeit zur Selbstverwaltung und behauptete, dass die internationale Hierarchie die postkoloniale Staatsbürgerschaft und ebenjene Selbstverwaltung beeinträchtige. Im Einklang mit der langen Tradition des republikanischen politischen Denkens verortete er Unabhängigkeit nur in einem solchen Staat, der frei von interner und externer Beherrschung ist.⁴⁶ Das miteinander verflochtene Wesen von Staatsbürgerschaft, nationalen Institutionen und internationalen Beziehungen erfordere daher die Schaffung einer internationalen Ordnung, die frei von Beherrschung wäre.

Die antikoloniale Weltgestaltung hielt eine ganze Reihe von Strategien zur Abschwächung, Umgehung und Aufhebung jener Hierarchien bereit, die die Letztere möglich machten. Erstens verstärkten antikoloniale Nationalist:innen mittels des Rechts auf Selbstbestimmung die juristischen Vorkehrungen gegen ausländische Interventionen und Übergriffe. Durch ein expansives Modell von souveräner Gleichheit als gleicher legislativer Macht und eine neue Definition von Nichteinmischung, die über das Verbot militärischer Interventionen hinausging, versuchten sie zudem, die Ausübung von Beherrschung durch rechtliche Instrumente einzudämmen und zu begrenzen. Zweitens waren diese Nationalist:innen durch die Gründung regionaler Föderationen auf den Westindischen Inseln und in Afrika bestrebt, die der globalen Ökonomie inhärenten wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse zu überwinden, indem sie regionale Institutionen organisierten, die egalitär aufgestellt waren und redistributiv wirken sollten. Die Föderation war dabei kein direkter Angriff auf die internationale Hierarchie, sondern ein Versuch, sich teilweise aus den

Abhängigkeiten zu lösen und zu isolieren, die die Herrschaftsausübung möglich machten. Und schließlich forderten sie mit der Neuen Weltwirtschaftsordnung die in der internationalen Sphäre bestehenden ökonomischen Hierarchien auch direkt heraus. Unter Inanspruchnahme des expansiven Modells von souveräner Gleichheit, das im Recht auf Selbstbestimmung zum Ausdruck kommt, hatten sie dabei eine egalitäre Wohlfahrtswelt vor Augen, die demokratisch und umverteilend sein sollte. In diesem letzten Vorhaben wurde Nichtbeherrschung dann auch als eine radikale Form internationaler Gleichheit verstanden.

Jedes dieser Projekte sah eine andere Strategie zur Herbeiführung von Nichtbeherrschung vor. Ihnen allen gemein war jedoch, dass sie die notwendigen internationalen Bedingungen für den Aufbau postkolonialer Nationen schaffen sollten. Antikoloniale Weltgestaltung wurde dabei nicht als Alternative zum Nationalismus oder als dessen Ablehnung betrachtet, sondern als notwendiges Werkzeug zur Sicherung der nationalen Unabhängigkeit. Im Mittelpunkt dieser Verknüpfung von Nationenbildung und Weltgestaltung stand die Ansicht, dass das globale Projekt des europäischen Imperiums die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen der modernen Welt so radikal verändert habe, dass es nun ein ähnlich globales antikoloniales Projekt brauche. In ihrer stärksten Formulierung besagte diese These, dass sich die neuen unabhängigen Staaten vollständig durch internationale politische und wirtschaftliche Verflechtungen konstituiert hätten, denen man nicht entkommen und die man nicht ignorieren könne. So zeichneten sowohl Eric Williams als auch Michael Manley nach, wie die karibischen Inselstaaten aus der Institution der kolonialen Plantage entstanden: Nachdem die eingeborenen Völker und ihre Lebensweisen im Zuge der Kolonisierung ausgerottet worden waren, sei die Karibik durch den transatlantischen Sklavenhandel, die indischen und chinesischen Vertragsknechte und

den Kolonialhandel neu geschaffen worden. Unter dem Strich sei sie damit selbst eine globale Formation und nicht herauszulösen aus den internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen, in die sie eingebettet sei. Diese extreme Form von Offenheit gegenüber der Welt erforderte es daher dann notwendigerweise auch, den im übertragenen Sinne insularen Nationalcharakter der Inseln zu überwinden.⁴⁷

Während diese Darstellung besonders auf die Spezifika der Verwicklungen des postkolonialen Staates mit globalen Kräften abhob, beschrieb ein zweiter Sachstandsbericht die Dilemmata, mit denen die antikolonialen Nationalist:innen konfrontiert waren, als Spielart eines auch generell bestehenden Problems. Denn neben seiner Auffassung von dem besonderen Erbe, das die Plantage der Karibik hinterlassen habe, vertrat Manley auch die Position, dass internationale Verflechtungen in Bezug auf Handelsbeziehungen, Kapitalströme und die Finanzialisierung sowie das Aufkommen transnationaler privater Akteure nicht nur die postkoloniale Unabhängigkeit zu untergraben drohten, sondern auch die Fähigkeit *aller* Staaten, ihre Volkswirtschaften zu steuern und zu regulieren. Die antikolonialen Nationalist:innen behaupteten mithin, dass die Globalisierung des 20. Jahrhunderts der Fortsatz einer imperialen Ökonomie sei, die Konsequenzen für alle Staaten der Welt habe. Zwar seien die Lasten der Globalisierung aufgrund einer Geschichte der ungleichen Integration ungleich verteilt und würden unterschiedlich erfahren, doch die postkolonialen Dilemmata, die zu einer Kombination aus Nationalismus und Internationalismus führten, seien Teil einer universellen Erfahrung, die der Nationalstaat an sich in einer globalen Wirtschaft mache.⁴⁸

Jene antikoloniale Kombination, ausbuchstabiert auf dem historischen Höhepunkt der Dekolonisierung, ging über die antiimperialen Projekte der Zwischenkriegszeit hinaus und entwickelte sich von ihnen fort.⁴⁹ Denn während den Natio-

nalist:innen der Zwischenkriegszeit wie etwa Marcus Garvey noch eine deterritoriale und transnationale Art der Zugehörigkeit vorgeschwebt hat, in der die imperialen Geographien der Zeit ihren Widerhall fanden, war jene Verbindung von Nationalismus und Internationalismus, die Nkrumah und andere ausformulierten, zunehmend an die territoriale Form des Nationalstaats geknüpft. Die Weltgestaltung zur Zeit der Dekolonisierung sollte daher als ein Internationalismus des Nationalstaats verstanden werden. Aber selbst in dieser Phase, als der antikoloniale Nationalismus noch an die institutionelle Gestalt des Nationalstaats gebunden war, ging seine Vision einer künftigen Weltordnung bereits weit darüber hinaus, nur eine Inklusion in eine existierende internationale Gesellschaft sowie deren Erweiterung zu fordern. Vielmehr umfasste das Streben nach internationaler Nichtbeherrschung eine grundlegende Erneuerung der rechtlichen, politischen und ökonomischen Strukturen der internationalen Ordnung. Die postimperiale Weltordnung war also nicht nur expansiver und inklusiver, sondern gründete sich auch auf dem Ideal der Erschaffung einer internationalen Gesellschaft, die frei von Beherrschung sein sollte.

Die Neuartigkeit und Relevanz dieser Vision kann nur dann hinreichend gewürdigt werden, wenn wir die in ihr verkörperte Herausforderung für die Weltordnung ernst nehmen, die der antikolonialen Weltgestaltung vorangegangen war. Das Narrativ von der Dekolonisierung als einer Ausweitung der bestehenden internationalen Gesellschaft unterstellt, dass die Prinzipien der Gleichheit und der Nichteinmischung das »westfälische« Staatensystem bestimmten und seine Mitglieder angemessen vor dem Beherrschtwerden schützten, während Kolonien davon ausgeschlossen waren. Das Bild vom Imperium als einer internationalen rassifizierten Hierarchie lässt die drei Jahrhunderte währende Periode, die mit einem westfälischen Regime assoziiert wird, daher als eine Ära der

ungleichen Integration und Hierarchie erscheinen.⁵⁰ Die anticoloniale Weltgestaltung stellte nun eine große Herausforderung für den eurozentrischen Charakter dieser internationalen Ordnung dar. Denn auch wenn sich die antikolonialen Nationalist:innen einige ihrer wesentlichen Prinzipien wie etwa das der Selbstbestimmung oder das der souveränen Gleichheit aneigneten, so nahmen sie doch eine Neudefinition und Neuerfindung ihrer Bedeutung vor. Zur antikolonialen Selbstbestimmung gehörte beispielsweise stets sowohl ökonomische als auch politische Unabhängigkeit. Außerdem beschränkte sich die souveräne Gleichheit nicht darauf, ein juridischer Anspruch zu sein, sondern erforderte auch die Umverteilung legislativer und wirtschaftlicher Macht. Diese Vision ging also weit über die bestehenden Bedingungen der westfälischen Weltordnung hinaus. Wie wir zudem im Epilog sehen werden, lehnte die internationale Ordnung, die auf die anticoloniale Weltgestaltung folgte, nicht nur diese Neuerfindung ab, sondern untergrub auch die internationalen Institutionen, die für das anticoloniale Projekt von zentraler Bedeutung waren.

Diese Ambitionen zur Weltgestaltung bieten eine Gelegenheit, um noch einmal über die Kritik am antikolonialen Nationalismus im Besonderen und am Nationalismus im Allgemeinen nachzudenken. Wie wir gesehen haben, bringt die These von der Fremdherrschaft mit der in ihr enthaltenen Vorstellung von der Dekolonisierung als Ausbreitung des Nationalstaats die antikolonialen Nationalist:innen als Agentinnen und Agenten dieser Expansion in Stellung, die sich westliche Ideale der Selbstverwaltung angeeignet haben. Diese Art der Globalisierung wird nun zwar weithin als Verwirklichung des universellen Anspruchs der westlichen Moderne gefeiert, wirft aber oft auch die Sorge auf, dass die Aneignung westlicher Ideale in nichtwestlichen Gesellschaften entweder zu früh geschieht oder diese dort gar nicht anwendbar sind. So lobten etwa Plamenatz und Emerson zwar die Dekolonisierung als

eine allmähliche Verwestlichung der Welt, befürchteten aber auch, dass die institutionellen und soziologischen Defizite der ehemals kolonisierten Völker sie »schlecht darauf vorbereitet haben [könnten], [den Nationalstaat] zum Funktionieren zu bringen«. ⁵¹ Ein antikolonialer Nationalismus wurde hier als ein »derivativer Diskurs« betrachtet, der eine künstliche Zumutung für Gesellschaften darstelle, deren politische Realitäten weit von den Bedingungen entfernt schienen, die den Nationalstaat überhaupt erst entstehen ließen. ⁵² Demnach könnten Nationalist:innen in der sich dekolonisierenden Welt auch nicht die ursprüngliche und normative Form jenes demokratischen Nationalstaats reproduzieren, wie er angeblich in der westlichen Welt verkörpert war. Eine solche Einschätzung des antikolonialen Nationalismus als schlechte Imitation oder nicht originalgetreue Kopie des Ursprungsmodells kann daher die verschiedenen Entwicklungspfade der postkolonialen Politik auch nur als eine Folge von Abweichungen von den europäischen Institutionen und Normen begreifen. ⁵³

Der Historiker Elie Kedourie, der zur selben Zeit wie Emerson und Plamenatz schrieb, formulierte diese Kritik am schärfsten und verortete jene Abweichungen des antikolonialen Nationalismus in der Vorstellung von einem inhärent pathologischen Charakter des Nationalismus generell. Im Rahmen dieser folgenreichen Argumentation identifizierte Kedourie den Nationalismus mit einer gefährlichen romantischen Fantasie, die die Nation naturalisiere und die Verwirklichung des nationalen Prinzips fälschlicherweise mit politischer Freiheit und einer gerechten Regierungsführung gleichsetze. ⁵⁴ Und angesichts der Tatsache, dass der Nationalismus ein künstliches Exportgut nach Afrika und Asien war, lasse der postkoloniale Kontext diese für ihn typischen Tendenzen eben ganz klar zum Vorschein kommen. Kedourie zufolge mobilisierten in Wirklichkeit jedoch die verwestlichten Eliten den Nationalismus, um den afrikanischen und asiatischen Staat für

sich in Beschlag zu nehmen, und verdrängten dabei en passant die traditionellen Formen der sozialen Organisation. Im Gegenzug habe der Nationalismus diese neue politische Klasse mit einer »außerordentlichen Macht dazu [ausgestattet], die Massen zu beeinflussen und zu beherrschen«. ⁵⁵ Das Ergebnis sei, so Kedourie abschließend, eine neue Form der orientalischen Despotie. ⁵⁶ Die Dekolonisierung mache somit sehr deutlich, dass »Nationalismus und Liberalismus keineswegs Zwillinge sind, sondern in Wirklichkeit sogar antagonistische Prinzipien«. ⁵⁷

Der Tenor seiner Kritik – dass die partikularistischen Bindungen, die der Nationalismus hervorruft, und die universalistischen Bestrebungen des Liberalismus unvereinbar sind – ist auch unter den politischen Theoretiker:innen der Gegenwart verbreitet. Häufig versuchen diese, angesichts des parallelen Aufkommens von Nationalismus und demokratischem Staat im 19. und 20. Jahrhundert zwischen gutem und schlechtem Nationalismus zu unterscheiden. ⁵⁸ Jürgen Habermas hat beispielsweise die Ansicht vertreten, dass der Nationalismus »zwei Gesichter« habe, weil er eine bürgerlich-republikanische Auffassung von Staatsbürgerschaft mit einer Erzählung von ethnischer Zugehörigkeit verbinde, die auf dem Rekurs auf Geschichte, Sprache und Abstammung beruhe. Diese »Spannung zwischen dem Universalismus einer egalitären Rechtsgemeinschaft und dem Partikularismus einer historischen Schicksalsgemeinschaft« ist ihm zufolge sogar bereits »in die Begrifflichkeit des Nationalstaats [...] eingelassen«. ⁵⁹ Doch während laut Habermas die Ambivalenz des Nationalismus dadurch in den Griff zu bekommen ist, dass man die republikanische Staatsbürgerschaft gegenüber ihrem ethn nationalistischen Pendant höher gewichtet, vertreten etwa Margaret Canovan und Joan Cocks die Ansicht, dass die Dilemmata des Nationalismus nicht so einfach umgangen werden könnten. ⁶⁰ Die Tugenden des Nationalismus – »ein starkes

Gemeinschaftsgefühl, ein Sinn für kulturelle Einzigartigkeit, die Liebe zu einer bestimmten Landschaft, der Stolz auf gemeinsame historische Errungenschaften, ein kollektiver politischer Akteursstatus [*agency*]⁶¹ – lassen sich ihnen zufolge nämlich nicht von »den Untugenden« trennen, »Kritikern in den eigenen Reihen zu misstrauen, Außenstehende zu verachten, Fremde bereitwillig zu vertreiben, neues Territorium zu erobern, ein selbstmystifiziertes Verhältnis zur Vergangenheit zu unterhalten oder einer kollektiven politischen Kriegslust zu frönen«.⁶¹

Die in diesem Buch vorgelegte Neubetrachtung des antikolonialen Nationalismus zielt nun nicht darauf ab, dieses Dilemma aufzulösen, sondern versucht, seine Koordinaten anders zu beschreiben. Inspiriert wurde dieses Vorhaben durch die frühen Beiträge von Partha Chatterjee, der die Auffassung ablehnte, dass es sich beim antikolonialen Nationalismus schon aus begrifflichen Gründen um eine von vornherein zum Scheitern verurteilte Imitation handeln müsse. Denn, so Chatterjee, die Frage des antikolonialen Nationalismus unter das allgemeine Problem des Verhältnisses zwischen Nationalismus und Liberalismus zu subsumieren oder sie in den Versuch einzubinden, gute oder schlechte Nationalismen zu identifizieren, würde den ihn antreibenden Fragen in keiner Weise gerecht werden, die seine Entwicklungsverläufe geprägt haben.⁶² Er schlug daher einen anderen Weg ein und rief dazu auf, die »Autonomie des nationalistischen Diskurses« zu berücksichtigen.⁶³ Diese Hinwendung zur Autonomie war allerdings kein Aufruf dazu, sich auf die Suche nach einer von westlichen Idealen und Praktiken unbefleckten Authentizität zu begeben, sondern ein Versuch, den spezifischen Charakter des antikolonialen Nationalismus zu erfassen. Und ein zentrales Element dieser Spezifität bestand für Chatterjee in der diesem Nationalismus aufgezwungenen Beziehung zur westlichen Moderne sowie in der Art und Weise, wie antikoloniale

Nationalist:innen deren Vorgaben sowohl herausforderten als auch akzeptierten.⁶⁴ Dieser Ansatz macht damit deutlich, wie Nationalist:innen in der kolonialen Welt auf bestimmte politische, wirtschaftliche und kulturelle Probleme reagiert haben, und diese Reaktion verlangt, in ihrem eigenen Recht rekonstruiert zu werden. Zudem führt er das Versagen, die Schwierigkeiten und die Rückschläge des antikolonialen Nationalismus nicht auf endemische Merkmale des Nationalismus generell zurück, sondern versteht sie als das Ergebnis historisch entstandener Widersprüche und Dilemmata.

Dieses Buch rekonstruiert die universalistischen Bestrebungen des antikolonialen Nationalismus, indem es sich mit der motivierenden Rolle beschäftigt, die das Problem der internationalen Hierarchie im antikolonialen Denken gespielt hat, und die von ihm inspirierten Projekte der Weltgestaltung wieder ausgräbt. Der antikoloniale Nationalismus war weder bloße Mimikry noch gefährlicher Parochialismus, sondern malte sich eine Welt aus, in der demokratische, modernisierende und umverteilende Nationalstaaten in engmaschige internationale Institutionen eingebettet wären, die das Prinzip der Nichtbeherrschung verwirklichen sollten. Im Unterschied zum liberalen Universalismus, dem der Nationalismus häufig gegenübergestellt wird, finden wir hier einen anderen Universalismus vor, der von dem Bemühen befeuert wird, die internationalen Voraussetzungen für Selbstverwaltung zu institutionalisieren. In diesem Projekt der Weltgestaltung schloss das Streben nach nationaler Unabhängigkeit Solidaritäten jenseits des Nationalstaats also nicht aus, sondern trieb im Gegenteil robuste Visionen des Internationalismus voran. Der Weg hin zu einer universellen postimperialen Weltordnung verlief demnach über und durch die Nation und nicht jenseits von ihr oder gegen sie.

Die These, dass der Nationalismus ein universelles Projekt in sich barg, stellt jedoch weder einen Versuch dar, den an-